



LAG Freie Wohlfahrtspflege, Grupenstr. 4, 30159 Hannover, Fon: 0160 99 50 41 61

Netz: www.landesarbeitskonferenz-niedersachsen.de Mail: gleitzek@gmx.de

Pressemitteilung

Landesarbeitskonferenz LAK Niedersachsen warnt vor sozialem Sprengstoff angesichts „Armut durch Miete“.

15.06.2021, Hannover

In 77 deutschen Großstädten zahlen fast die Hälfte aller Haushalte zum Teil deutlich mehr als 30 Prozent ihres Einkommens für die Miete, so eine aktuelle Studie der Humboldt-Universität und der Hans-Böckler-Stiftung.

Von Experten empfohlen werden maximal 30 Prozent des Nettoeinkommens inklusive Nebenkosten.

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen sieht hier ein wachsendes Phänomen von „Armut durch Miete“.

Klaus-Dieter Gleitze betont als Geschäftsführer der LAK Niedersachsen:

„Wohnen in Ballungsräumen wird selbst für die Mitte der Gesellschaft zunehmend unbezahlbar. Für Haushalte, die früher nie mit Armut konfrontiert waren, stellt sich zunehmend nach Abzug der Miete das Problem „Armut durch Miete“. Für Arme wird die Wohnungsfrage zu einer Existenzfrage.“

In Niedersachsen zahlen in Oldenburg 57 Prozent aller Haushalte mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für die Warmmiete, in Hannover 51 Prozent, Göttingen knapp 50 Prozent, Braunschweig und Wolfsburg je 46 Prozent .

Wohnungsgesellschaften nehmen schon keine Mieter mehr an, bei denen die Miete mehr als 30 Prozent des Nettoeinkommens beträgt, weil sie Mietrückstände befürchten.

12 Prozent, oder eine Million Haushalte, zahlt jeden Monat mehr als die Hälfte des Einkommens für Wohnen. Hier setzt ein gnadenloser Verdrängungswettbewerb ein, an dem zum Schluss die Schwächsten auf der Straße landen.

Wie oft die Frage in vielen Haushalten am Monatsende lautet: Essen oder Wohnen? ist in

1

LAK Niedersachsen Geschäftsstelle:

LAG Freie Wohlfahrtspflege, Grupenstr. 4, 30159 Hannover, Fon: 0160 99 50 41 61

www.landesarbeitskonferenz-niedersachsen.de Mail: gleitzek@gmx.de

keiner Statistik enthalten.

Dieser Trend ist ungebrochen und überlagert sich mit einer absehbaren Zunahme von Armut als Folge der Coronakrise. Da die Armutsquote bereits vor Corona auf Rekordhöhe mit 15,9 Prozent war, liegt hier wachsender sozialer Sprengstoff.

Es gibt insgesamt zu wenig Wohnungen und es wird zu wenig gebaut. Während das hochpreisige Wohnungssegment in den vergangenen Jahren von Investoren durchaus marktgerecht bedient wurde, fehlen vor allem bezahlbare Wohnungen für niedrige und mittlere Einkommen.

Die Landesarmutskonferenz fordert daher unter anderem:

- Das Land Niedersachsen muss mit einer eigenen Landeswohnungsbaugesellschaft wieder bezahlbare Wohnungen für Normalverdienende und Arme anbieten. In Ballungsräumen muss das Land im Verbund mit kommunalen Wohnungsbaugesellschaften das Wohnungsangebot aus eigener Kraft erhöhen.

- Die Förderung des sozialen Wohnungsbaues muss massiv ausgeweitet werden. Der Bestand an Sozialwohnungen muss mindestens um 100.000 angehoben werden. Vorrangige Empfänger der Fördermittel sollten öffentliche Wohnungsunternehmen und Genossenschaften sein. Die Sozialbindung sollte unbefristet sein.

- Mietpreis-Stopp und notfalls Mietabsenkungen für Arme

- Einkommenssteigerung für Geringverdienende durch deutliche Erhöhung des Mindestlohnes und Regulierung prekärer Arbeitsmärkte

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen wurde 1995 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss von Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen.

Mit der Bitte um Berichterstattung und freundlichen Grüßen

Klaus-Dieter Gleitze

Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen – Geschäftsführer

Kontakt: 0160 99 50 41 61